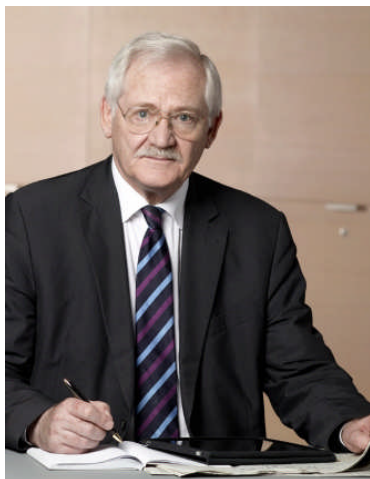




Nr. 35 | 12.6.2015



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,*

wie in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen auch heute über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [OSZE-Wahlbeobachtung in der Türkei](#)
2. [Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo](#)
3. [Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte in Mali](#)
4. [IT-Sicherheitsgesetz](#)
5. [Relevantes aus Mannheim](#)

1. OSZE-Wahlbeobachtung in der Türkei

Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Jürgen Klimke aus Hamburg habe ich die Parlamentswahlen in der Türkei im Auftrag der OSZE beobachtet. Bereits zwei Tage vor dem Wahlsonntag haben wir in Ankara an einem Briefing-Programm teilgenommen.

Dabei erhielten wir eine Einführung in die Politik der Türkei, über die Wahlkampagnen der Bewerber und über Organisation und Ablauf der Wahlen. Außerdem trafen wir Vertreter politischer Parteien, die uns über Ziele und Programme ihrer Parteien informierten. Auch Vertreter der Medien und



Bild: Egon Jüttner vor einem Wahllokal in Ankara

Vertreter der Zivilgesellschaft trugen ihre Sicht zu den Wahlen vor. Am Sonntag schließlich besuchten wir zahlreiche Wahllokale, um jeweils vor Ort Stimmzettel-ausgabe, Wahlabgabe, Wahl-Wartezeiten etc. zu inspizieren. Über die Situation in den besuchten Wahllokalen füllten wir vorgegebene Fragebögen aus, die Teil der Bewertung der Wahlen durch die OSZE wurden. Eine Kuriosität: am Wahltag war es verboten, zwischen 6 Uhr und 24 Uhr alkoholische Getränke im öffentlichen Bereich zu verkaufen oder zu konsumieren. Aus diesem Grunde waren auch die Minibars in den Hotels zentral verriegelt.

2. Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo

Am Donnerstag befasste sich der Deutsche Bundestag mit dem Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung der Beteiligung deutscher Soldaten am Mandat KFOR. Die Befassung mit diesem an sich unbefristeten Mandat erfolgte auf Wunsch der Regierungsfractionen.

Die Lage in der Republik Kosovo ist grundsätzlich ruhig und stabil. Allerdings bleibt das Konflikt- und Eskalationspotenzial im kosovo-serbisch dominierten Norden Kosovos weiterhin erheblich. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein unerwarteter Zwischenfall räumlich und zeitlich begrenzt zu einer Anspannung der Lage vor Ort führen könnte. KFOR-Kräfte sollen solange im Kosovo verbleiben, bis alle Sicherheitsorgane die Sicherheit aller Bevölkerungsgruppen im Kosovo gewährleisten können. Die Kräfte unterstützen dabei unter anderem die EULEX Kosovo-Polizisten der EU-Mission und die Koordinierung der internationalen humanitären Hilfe. Die deutschen Soldaten leisten im Rahmen der Mission einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der gesamten Region.

3. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte in Mali

Auf Grundlage der Resolution 2100 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013 soll die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) fortgesetzt werden.

Das Mandat soll auf Antrag der Bundesregierung unter Beibehaltung der personellen Obergrenze von 150 deutschen Soldaten bis zum 30. Juni 2016 verlängert werden. Die Kernaufgabe der Mission MINUSMA ist die Stabilisierung wichtiger Bevölkerungszentren und die Unterstützung der staatlichen Autorität im ganzen Land. Die Beteiligung der Bundeswehr ist Teil eines umfassenden Engagements der Bundesregierung in Mali. Unter anderem durch den Einsatz von Krisenpräventionsmitteln und Entwicklungszusammenarbeit sollen Konfliktursachen bekämpft und die malischen Behörden und Sicherheitskräfte in die Lage versetzt werden, Sicherheit und staatliche Souveränität selbst aufrecht zu erhalten.

4. IT-Sicherheitsgesetz

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung die Gesetzesinitiative der Bundesregierung beschlossen. Dieses Gesetz stellt einen wichtigen Baustein zur Umsetzung der Digitalen Agenda dar. Sie enthält Anforderungen an die IT-Sicherheit von Betreibern sogenannter „kritischer Infrastrukturen“, die für das Funktionieren des Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind.

Diese sollen künftig Sicherheitsvorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden, das die Einrichtungen im Gegenzug nach Auswertung der Daten bei der Verbesserung des Schutzes ihrer Infrastrukturen unterstützt. Ebenfalls sollen Telekommunikationsanbieter verpflichtet werden, entsprechende Sicherheitsvorkehrungen zu gewährleisten, Sicherheitsvorfälle an das BSI zu melden und betroffene Nutzer zu informieren. Darüber hinaus soll das Bundeskriminalamt im Bereich Cyberkriminalität angesichts der zunehmenden Zahl von IT-Angriffen gegen Bundeseinrichtungen und gegen bundesweite kritische Infrastrukturen in seinen Rechten gestärkt werden. Da in der Debatte um Verbindungsdaten oft mit Halb- und Unwahrheiten hantiert wird, sei hier noch einmal betont: Es geht nicht um die Speicherung von Kommunikationsinhalten. Gespeichert werden lediglich die Verbindungsdaten und Standortinformationen. Die Speicherung findet auch nicht beim Staat statt, sondern bei den Telekommunikationsunternehmen. Die Speicherdauer dieser Telefon- und Internetdaten beträgt maximal zehn Wochen. Standortinformationen von Handy-Gesprächen dürfen nur vier Wochen lang aufbewahrt werden. Danach muss das Unternehmen die Daten löschen. Bisher gibt es eine solche Löschverpflichtung nicht und es hängt von dem jeweiligen Unternehmen selbst ab, wie lange gespeichert wird. Dies wurde nun vom Deutschen Bundestag geändert. Zudem dürfen die Daten nur in Deutschland gespeichert werden.

5. Relevantes aus Mannheim

Gastfamilien für das Parlamentarische Patenschafts-Programm gesucht

Seit vielen Jahren unterstütze ich das Parlamentarische Patenschafts-Programm, das seit über 30 Jahren den transatlantischen Austausch fördert. So konnte ich bereits vielen jungen Mannheimern und Mannheimerinnen einen Auslandsaufenthalt in den USA mithilfe eines Stipendiums ermöglichen. Die Bewerbungsphase für das Programm 2016/2017 läuft noch bis zum 11. September. Informationen können meiner Homepage unter www.egon-juettner.de entnommen werden.

Teil des Austausches ist, dass die Stipendiaten als „Junior-Botschafter“ ihres Landes fungieren. Das Programm lebt von den jungen Menschen, die hautnah eine andere Kultur erleben und gleichzeitig ein Stück ihrer eigenen Kultur vermitteln. Ebenso aber auch von den Gastfamilien in den USA und Deutschland, die für einen Stipendiaten ihr Zuhause öffnen.

Deshalb unterstütze ich die gemeinnützige Austauschorganisation Experiment e.V. dabei, Gastfamilien zu finden, die ab Anfang September einen US-amerikanischen Schüler bei sich aufnehmen. Der interkulturelle Austausch ist für alle Beteiligten eine aufregende Zeit und ein unvergessliches Erlebnis. Gastfamilie kann jeder werden – egal ob Alleinerziehende, Paare mit und ohne Kinder oder Patchwork-Familien, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Wichtig sind Humor, Neugier und Toleranz sowie die Bereitschaft, den „Gast“ als Familienmitglied auf Zeit aufzunehmen – mit allen Rechten und Pflichten.

Wer Interesse hat, Gastfamilie zu werden, kann sich direkt an die Bundesgeschäftsstelle von Experiment e.V. in Bonn wenden. Kontakt: Katharina Meißner, Telefon: 0228 95722-36, Mail: meissner@experiment-ev.de. Wer sich als Schüler oder Schülerin für ein Austauschjahr in den USA bewerben möchte, wendet sich an Sabine Stedtfeld, Telefon 0228 95722-15, stedtfeld@experiment-ev.de. Weitere Informationen zum Parlamentarischen Patenschafts-Programm gibt es auf www.bundestag.de/ppp oder www.experiment-ev.de.

Förderung von Mannheim bei der Bewältigung der Armutswanderung

Mannheim ist seit Jahren durch den verstärkten Zuzug von Armutswanderung aus Bulgarien und Rumänien betroffen. Nicht verstanden habe ich deshalb, dass der Bund zwar besondere Finanzmittel für die sozialpädagogische Begleitung in den Integrationskursen zur Verfügung stellt, diese aber unter Hinweis darauf, dass es sich um ein Pilotprojekt handelt, auf die Projektstandorte Berlin, Dortmund, Duisburg und München beschränkt. Ich habe deshalb den zuständigen Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicher Reaktorsicherheit aufgefordert, entsprechende Perspektiven für eine Förderung auch von Mannheim zu entwickeln.

Mannheim ist schließlich auch von der stark steigenden Anzahl von Asylbewerbern betroffen. Um die Förderung und Integrationsleistungen besser konzentrieren und kanalisieren zu können, hat Mannheim sich bereit erklärt, als Standort für eine Landeserstaufnahmestelle (LEA) zur Verfügung zu stehen. Parallel dazu besteht vorübergehend noch eine Bedarfsorientierte Erstaufnahmestelle (BEA), so lange bis diese Kapazitäten nicht mehr gebraucht werden. Die Einrichtung der Landeserstaufnahmestelle in Mannheim bedeutet, dass die neu angekommenen Flüchtlinge zunächst zentral in Mannheim untergebracht werden, nach Ende des Asylverfahrens dann aber in eine andere Stadt oder Gemeinde umziehen.

Dadurch wird Druck von der Stadt Mannheim genommen, um sich bei der langfristigen Integration von Menschen auf diejenigen zu konzentrieren, die nach wie vor in großer Zahl aus Rumänien und Bulgarien zu uns kommen. Bereits im vergangenen Jahr hatte ich intensiven Kontakt zu den



*Bild: Peter Rosenberger mit Bezirksbeirätin Karin Urbansky beim Besuch der Landeserst-
aufnahmestelle in der Neckarstadt*

Ehrenamtlichen des Vereins Save Me, die sich seit zwanzig Jahren für Flüchtlinge engagieren. Ich hatte sie gemeinsam mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration nach Berlin eingeladen, um ihre Arbeit zu würdigen. Auch unser Oberbürgermeister-Kandidat Peter Rosenberger hat die Landeserstaufnahmestelle in der Industriestraße besucht und sich dort über die Tätigkeit der Mitarbeiter und der Ehrenamtlichen informiert, aber auch viel über die persönlichen Schicksale der dort betreuten Menschen erfahren. Wir als CDU stehen zu unserer Verantwortung, den Menschen nicht nur Sicherheit zu bieten, sondern ihnen auch mit Nächstenliebe zu begegnen. Um in den Kommunen einen menschenwürdigen Umgang insbesondere mit den Flüchtlingen zu ermöglichen, muss nun nach dem Bund auch das Land Baden-Württemberg die notwendigen Schritte gehen.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an:

*Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de*